

Niederschrift

über die X/027. Sitzung
des Rates der Stadt Schwerte am

Mittwoch, dem 09.04.2025, um 17:00 Uhr
im Ratssaal, Rathausstr. 31, 58239 Schwerte.

Anwesend:

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Dimitrios Axourgos

SPD-Fraktion

Frau Natascha Baumeister
Frau Claudia Belemann-Hülsmeier
Frau Christiane Ganske
Herr Uwe Gerken
Herr Carsten-André Gey
Herr Uwe Görke-Gott
Herr Ralf Haarmann
Herr Hans Haberschuss
Frau Reinhild Hoffmann
Herr Engin Izgi
Herr Simon Lehmann-Hangebrock
Frau Marlies Mette
Frau Angelika Schröder
Herr Marc Seelbach

CDU-Fraktion

Herr Carsten Böckmann
Herr Volker Borchert
Frau Bianca Dausend
Herr Sascha Enders
Herr Marco Kordt
Herr Bernd Krause
Herr Guntram Nies-von Colson
Herr Kim Raukohl
Herr Egon Schrezenmaier
Herr Stefan Simon
Frau Regina Zurnieden genannt Döhmann

Fraktion Die Grünen

Herr Ulrich Halbach
Frau Monika Rosenthal
Herr Michael Rotthowe
Herr Marco Sorg
Frau Barbara Stellmacher
Frau Claudia Weigel

Frau Laura Ziel
Herr Maximilian Ziel

FDP-Fraktion

Frau Renate Goeke
Herr Phillip Köhler

WfS-Fraktion

Herr Andreas Becker

FS-Fraktion

Herr Sebastian Rühling
Frau Nicole Schelter

Fraktionslos

Herr Maximilian Klinger
Herr Peter Weyers

Erster Beigeordneter

Herr Kenan Yildiz

Beigeordneter und Kämmerer

Herr Niklas Luhmann

Dezernent IV

Herr Christian Vöcks

seitens der Verwaltung die Damen und Herren

Herr Daniel Lindemann

Herr Ingo Rous
Frau Gabriele Stange

Amtsleiter Bürgerdienste und
Ratsangelegenheiten
Pressesprecher
Amtsleiterin Büro des Bürgermeisters und
persönliche Referentin

Schriftführer

Herr Jona Groth

Mitarbeiter im Amt für Bürgerdienste und
Ratsangelegenheiten

Gäste

Herr Carsten Kirchhoff

BEG NRW

Entschuldigt

Herr Andreas Czichowski
Herr Dr. Gernot Folkers
Herr Bruno Heinz-Fischer
Herr Karl-Friedrich Pautz

WfS-Fraktion
Fraktion Die Grünen
Fraktion Die Grünen
SPD-Fraktion

Abwesend:

Die Sitzung wurde

- a) eröffnet um 17:00 Uhr
- b) geschlossen um 20:45 Uhr
- c) unterbrochen von 19:56 bis 19:57 und von 20:37 bis 20:38 Uhr

Tagesordnung

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Rates
2. Genehmigung der Tagesordnung
3. Einwohner*innenfragestunde
4. Feststellung von Befangenheit
5. Schöner ankommen in NRW – Bahnhof Schwerte: Vorstellung des aktuellen Planungsstands
- mündlicher Bericht
6. Bestellung/Wahl
- 6.1. Bestellung von Delegierten für die 8. Verbandsversammlung des Ruhrverbandes **X/1286**
- 6.2. Neuwahl des Beirates der Südwestfalen Energie und Wasser AG (ENERVIE AG) **X/1290**
7. Bekanntgabe der in der Zeit vom 16.01.2025 bis 11.03.2025 für das Haushaltsjahr 2024 genehmigten Haushaltsüberschreitungen **X/1273**
8. XIII. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes der Stadt Schwerte **X/1255**
9. X. Nachtrag zur Satzung der Stadt Schwerte über den Kultur- und Weiterbildungsbetrieb in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts (KuWeBe) vom 02.09.2002 **X/1283**
10. Neufassung der Satzung der Stadt Schwerte über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen sowie die Finanzierung der außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangebote im Primarbereich einschließlich der Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) vom 18.07.2024 **X/1253**
11. Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Integrationsgremium gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder der Stadt Schwerte **X/1259**

- | | | |
|---|---|---------------|
| 12. | Inanspruchnahme der Opt-Out Regelung nach § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW | X/1261 |
| 13. | Zweigeschoßiger Erweiterungsanbau an die Friedrich-Kayser-Schule zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsbetreuungsplatz
- Baubeschluss und Zustimmung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung | X/1260 |
| Tischvorlage – Ergänzungsantrag zur Drucksache X/1260 | | |
| 13.1. | - Antrag der Fraktion Die Grünen vom 08.04.2025 - (Eingang: 09.04.2025) | X/1296 |
| 14. | Bebauungsplan Nr. 204 "Wohnbebauung Messingstraße" - Behandlung der Anregungen im Rahmen der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB | X/1266 |
| 15. | 15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte – Behandlung der Anregungen im Rahmen der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 6 BauGB | X/1267 |
| 16. | 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte - Behandlung der Anregungen im Rahmen der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 6 BauGB | X/1270 |
| 17. | Lehrschwimmbecken Ergste
- Antrag der WfS-Fraktion vom 10.03.2025 (Eingang: 10.03.2025) | X/1272 |
| 18. | Fortführung des RuhrSight Jugendfestivals in 2025 und 2026
- Antrag der Fraktion Die Grünen vom 07.03.2025 (Eingang am 11.03.2025) - | X/1285 |
| 19. | Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung mit Beschlussausführungskontrolle | |
| 20. | Informationen und Anfragen | |

1. Feststellung der form- und fristgerechten Einladung sowie Beschlussfähigkeit des Rates

Herr Bürgermeister Axourgos eröffnet die Sitzung und stellt anschließend die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

2. Genehmigung der Tagesordnung

TOP 6 wird umbenannt in „Bestellung/Wahl“. Die Bestellung von Delegierten für die 8. Verbandsversammlung des RVR wird neuer TOP 6.1. Die Neuwahl des Beirates der Südwestfalen Energie und Wasser AG wird neuer TOP 6.2.

Die Tischvorlage der Fraktion Die Grünen „Ergänzungsantrag zur Drucksache X/1260“ wird als neuer TOP 13.1 auf die Tagesordnung genommen.

Die WfS-Fraktion zieht ihren Antrag „Lehrschwimmbecken Ergste“ unter TOP 17 zurück.

Die CDU-Fraktion beantragt die Vorlage X/1274 im öffentlichen Teil der Sitzung zu behandeln. Dieser Antrag wird mit 15 Nein-Stimmen zu 14 Ja-Stimmen bei 12 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

3. Einwohner*innenfragestunde

Frau Joerdis Junghanns-Hurek äußert sich zu den Themen City-WC und Chemie-Alarm in Geisecke und stellt mehrere Fragen.

City-WC:

1) Aus welcher konkreten Haushaltsposition innerhalb des Produktes „Bereitstellung von Gebäuden“ wird die Finanzierung der City-Toilette sichergestellt?

Nachrichtlich:

Der Rat hat beschlossen zur Deckung der außerplanmäßigen Ausgabe eine Minderauszahlung dem Investitionsauftrag 20230068 – Lehrschwimmbecken Ergste Grandweg heranzuziehen.

2) Wird durch diese Finanzierung für andere bereits geplante Maßnahmen etwas beeinträchtigt oder verzögert?

Nachrichtlich:

Nein, beim Neubau des Lehrschwimmbeckens werden aufgrund der Fördermittelzusage des Bundes weniger Finanzmittel in 2025 benötigt.

3) Wurde die Finanzierung aus einem anderen Haushaltstitel umgebucht oder sind entsprechende Umschichtungen geplant?

Nachrichtlich:

Es handelt sich um eine außerplanmäßige Ausgabe mit Deckung (s.o).

- 4) Welche zusätzlichen Kosten und in welcher Höhe fallen an für regelmäßige Reinigung, Personalkosten sowie Sozialkontrolle und wer wird diese Arbeiten leisten?

Nachrichtlich:

Es fallen etwa 17.000 € Reinigungs- und Unterhaltungskosten p.a. an (externe Dienstleister). Die Erträge durch Münzeinwurf werden in Anlehnung an das City-WC auf dem Bahnhofsvorplatz auf rund 2.200 € pro Jahr geschätzt.

Außerdem erkundigt sich Frau Junghanns, ob das Produkt „Bereitstellung von Gebäuden“ das Richtige sei und ob es sich um einen Verstoß gegen haushalterische Grundsätze handle.

Nachrichtlich:

Es handelt sich bei der Deckung um einen Investitionsauftrag (s.o.). Eine Vermischung liegt nicht vor (s.o.). Es gibt keinen Verstoß gegen haushalterische Grundsätze.

Chemie-Alarm in Geisecke

- 1) Ist der Stadtrat über den Chemiealarm und den Stand der Ermittlungen informiert worden oder wird noch informiert?

Nachrichtlich:

Nein, weil es keinen Chemieunfall gegeben hat, sondern einen ABC-Einsatz. Eine Gefahr für die Bevölkerung bestand nicht.

- 2) Besteht aktuell oder bestand nach dem Vorfall eine unmittelbare Gesundheitsgefahr für die Anwohner?

Nachrichtlich:

Nein.

- 3) Wie konnte es zu diesem Chemie-Alarm kommen – gibt es inzwischen eine nachvollziehbare Erklärung zum Auslöser des Vorfalls?

Nachrichtlich:

Es gab keinen Chemieunfall.

- 4) Welche grundsätzlichen Informationsrechte haben Bürger sowie der Stadtrat bei Ereignissen, die potenziell die öffentliche Gesundheit und Sicherheit betreffen?

Nachrichtlich:

Sollte eine entsprechende Situation eintreten, erfolgt die Information der Öffentlichkeit durch die Stadt über ihre Social-Media-Kanäle (Whatsapp, Facebook, Instagram) sowie über die Warn-App NINA. Um möglichst viele Bürgerinnen und Bürger zu erreichen, steht die Stadt zudem im Austausch mit der Presse.

Es liegen keine weiteren Einwohner*innenfragen vor.

4. Feststellung von Befangenheit

Keines der anwesenden Ratsmitglieder erklärt sich für befangen.

**5. Schöner ankommen in NRW – Bahnhof Schwerte: Vorstellung des aktuellen Planungsstands
- mündlicher Bericht**

Herr Kirchhoff berichtet gemäß Anlage zu dieser Niederschrift und stellt den Entwurf für den Umbau des Bahnhofsgebäudes inkl. Eingangshalle und Jugendzentrum vor. Dazu zeigt er auch zwei Filme.

Herr Bürgermeister Axourgos lobt den Vortrag und sagt, dass die Umbaumaßnahmen die Attraktivität des Bahnhofs steigern und den ÖPNV stärken. Der Bahnhof sei ein stadtbildprägendes Denkmal und es gebe die Chance mit dem neuen Jugendzentrum etwas für die Jugend zu tun. Das Projekt werde auch Kulturschaffenden zugutekommen. Herr Axourgos dankt Herrn Kirchhoff sowie den Mitarbeitenden des Jugendamtes sowie des Dezernats IV.

Die SPD-Fraktion äußert Unterstützung, da es sich bei dem Vorhaben um eine Aufwertung des Bahnhofsviertels handle. Auch sei es gut, dass im Gebäude das Jugendzentrum sowie Probenräume untergebracht werden würden. Es wird die Frage gestellt, wann mit einer Fertigstellung zu rechnen sei und ob man darüber hinaus Einfluss auf eine Verbesserung der Bahnunterführung habe.

Die WfS-Fraktion ergänzt, dass es sich bei der Bahnunterführung um einen Angstraum handle.

Die Fraktion Die Grünen lobt, dass in dem Entwurf Aufzüge integriert seien.

Herr Kirchhoff dankt der Verwaltung für die Zusammenarbeit. Er erklärt, dass der Zeitplan vom Beschluss des Rates abhängt. Die Bauzeit werde 1,5 bis 2 Jahre betragen. Ziel der Fertigstellung sei Ende 2028. Die zur Bahnunterführung gehörige Brücke sei Eigentum der DB. Daher müsse mit der DB verhandelt werden.

Die FDP-Fraktion erkundigt sich, ob es eine Rahmenplanung für die entstehenden Kosten gebe.

Die CDU-Fraktion fragt, ob die betriebswirtschaftlichen Kosten bei der Stadt verblieben.

Die Fraktion Die Grünen fragt, ob und inwiefern Lärmemissionen entstehen würden und wie damit umgegangen werde.

Herr Kirchhoff antwortet, dass es keine exakte Gesamtsumme gebe. Am 23. Mai liege alles vor. Es gebe eine technische Prüfung mit dem Ergebnis, dass es keine negativen Auswirkungen durch Lärmemissionen gebe.

Herr Vöcks, Dezernat IV, ergänzt, dass die Betriebskosten mit der DB verhandelt werden würden. Eine einseitige Übernahme durch die Stadt Schwerte sei nicht beabsichtigt.

Die SPD-Fraktion bemerkt, dass der Bahnhof als modernes Stadttor gepflegt aussehen müsse. Es wird gefragt, ob etwas gegen die Zugluft in der Eingangshalle getan werden könne. Auch besteht die Frage, ob die Unterführung nicht bereits jetzt verbessert werden könne.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass ein Jugendzentrum auch schlechten Einfluss auf die Außenwirkung haben könne. Die Einrichtung von Außengastronomie sei auch eine Alternative.

Herr Kirchhoff sagt, dass das Thema Zugluft bereits Gegenstand der Besprechungen mit den Architekten sei.

6. Bestellung/Wahl

6.1. Bestellung von Delegierten für die 8. Verbandsversammlung des Ruhrverbandes Vorlage: X/1286

Beschluss:

Zur Wahrnehmung der Stimmrechte als Mitglied des Ruhrverbandes werden für zwei volle Beitragseinheiten der Stadt Schwerte als Direktdelegierte

Herr Bürgermeister Dimitrios Axourgos

sowie das Ratsmitglied

Herr Hans Haberschuss

bestellt.

Als Gruppendelegierter wird

Herr Volker Borchert

bestellt.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 40 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

6.2. Neuwahl des Beirates der Südwestfalen Energie und Wasser AG (ENERVIE AG) Vorlage: X/1290

Beschluss:

Als Vertreter im Beirat der Südwestfalen Energie und Wasser AG wird

Herr Bürgermeister Dimitrios Axourgos

bestellt.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 40 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

7. **Bekanntgabe der in der Zeit vom 16.01.2025 bis 11.03.2025 für das Haushaltsjahr 2024 genehmigten Haushaltsüberschreitungen**
Vorlage: X/1273
-

Kenntnisnahme:

Die lt. Anlage in der Zeit vom 16.01.2025 – 11.03.2025 für das Haushaltsjahr 2024 vom Kämmerer/Bürgermeister genehmigten Haushaltsüberschreitungen werden gemäß § 83 Abs. 2 GO NRW zur Kenntnis genommen.

zur Kenntnis genommen

8. **XIII. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes der Stadt Schwerte**
Vorlage: X/1255
-

Beschluss:

1. Die Jahresberichte zum Gebührenhaushalt der Jahre 2022 und 2023 werden zur Kenntnis genommen.
2. Der XIII. Nachtrag zur Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung des Rettungsdienstes der Stadt Schwerte vom 15.02.2010 wird in der der Niederschrift beigefügten Fassung erlassen.

Die Gebührenkalkulation für die Benutzung des Rettungsdienstes der Stadt Schwerte für den Zeitraum 01.05. - 31.12.2025 ist Gegenstand des Beschlusses.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 39 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 1

9. **X. Nachtrag zur Satzung der Stadt Schwerte über den Kultur- und Weiterbildungsbetrieb in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts (KuWeBe) vom 02.09.2002**
Vorlage: X/1283
-

Beschluss:

Der X. Nachtrag zur Satzung der Stadt Schwerte über den Kultur- und Weiterbildungsbetrieb in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts vom 02.09.2002 wird in der der Niederschrift als **Anlage** beigefügten Fassung erlassen.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 40 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

**10. Neufassung der Satzung der Stadt Schwerte über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen sowie die Finanzierung der außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangebote im Primarbereich einschließlich der Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) vom 18.07.2024
Vorlage: X/1253**

Die Fraktion Die Grünen merkt an, dass die neuen Beiträge in unregelmäßigen Abständen angehoben werden würden. Die genauen Anhebungen seien nicht nachvollziehbar. Diese Unschärfe entstehe aufgrund der Richtung nach vollen Euro-Beträgen. Es sei sinnvoller, auf eine Aufrundung zu verzichten. Zudem seien die Einkommensgruppen seit 2020 stabil geblieben.

Die Fraktion Die Grünen beantragt, den Beschluss um die folgenden Sätze zu ergänzen:
Dabei werden die Beitragssätze nicht auf volle Euro gerundet. Die Einkommensgruppen werden an die reale Lohnentwicklung laut statistischem Bundesamt seit 2020 angeglichen.

Die CDU-Fraktion entgegnet, dass dies eine Angelegenheit des neuen Rates sei.

Die Fraktion Die Grünen erklärt, dass dieses Problem offensichtlich sei und man es bereits jetzt behandeln könne. Es sei wichtig, dass nicht mehr auf volle Euro-Beträge aufgerundet werde.

Herr Yildiz, Erster Beigeordneter, sagt, dass der Vorschlag zu früh sei. Man müsse zunächst herausfinden, welche finanziellen Änderungen sich ergeben. Dies sei wichtig, um bestehende Standards beizubehalten. Eine vollständige Überprüfung solle dem neuen Rat vorbehalten werden.

Die Fraktion Die Grünen erklärt, dass ein Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt sicherstelle, dass die Anpassung stattfindet. Auch wird angemerkt, dass es keine finanziellen Auswirkungen gebe.

Die SPD-Fraktion erklärt, der Beschlussvorlage zuzustimmen. Das Thema solle vom Rat im Herbst neu aufgearbeitet werden.

Die Fraktion Die Grünen weist darauf hin, dass die Beiträge in den niedrigeren Einkommensgruppen aufgrund der Rundungen im Verhältnis höher seien. Es handle sich um eine sozialpolitische Frage.

Herr Bürgermeister Axourgos erklärt, dass eine Entlastung am besten durch eine gänzliche Beitragsfreiheit sichergestellt werde. Dies sei durch das Land NRW allerdings nicht umgesetzt worden. Die Stadt Schwerte tue zurzeit ihr Bestes, um untere Einkommensgruppen zu entlasten.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass es aufgrund der Haushaltslage zurzeit keine Möglichkeiten gebe, die Kita-Beiträge anders zu regeln. Zudem seien auch mittlere und höhere Einkommensgruppen von den Beiträgen betroffen. Die CDU-Fraktion wolle der Vorlage zustimmen.

Änderungsantrag:

Der Beschluss über die Neufassung der Satzung der Stadt Schwerte über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen sowie die Finanzierung der außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangebote im Primarbereich einschließlich der Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) vom 18.07.2024 wird um folgendes ergänzt:

Dabei werden die Beitragssätze nicht auf volle Euro gerundet. Die Einkommensgruppen werden an die reale Lohnentwicklung laut statistischem Bundesamt seit 2020 angeglichen.

Mehrheitlich abgelehnt

Ja-Stimme/n: 12 Nein-Stimme/n: 28 Enthaltung/en: 1

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Schwerte über die Erhebung von Elternbeiträgen für Kinder in Kindertagespflege und in Kindertageseinrichtungen sowie die Finanzierung der außerunterrichtlichen Förder- und Betreuungsangebote im Primarbereich einschließlich der Erhebung von Elternbeiträgen (Elternbeitragssatzung) wird in der als Anlage beigefügten Fassung einschließlich der Beitragstabellen mit Wirkung zum 01.08.2025 erlassen.

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimme/n: 29 Nein-Stimme/n: 8 Enthaltung/en: 4

- 11. Änderung der Wahlordnung für die Wahl der direkt in das Integrationsgremium gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder der Stadt Schwerte
Vorlage: X/1259**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Schwerte beschließt die Wahlordnung für die Wahl der direkt in den Integrationsrat gem. § 27 GO NRW zu wählenden Mitglieder (Anlage).

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 40 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 1

- 12. Inanspruchnahme der Opt-Out Regelung nach § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW
Vorlage: X/1261**

Die SPD-Fraktion merkt an, dass es sinnvoll gewesen wäre, über die Einführung einer Bezahlkarte für Geflüchtete im Sozialausschuss vorzubereiten.

Herr Yildiz, Erster Beigeordneter, antwortet, dass es zu dem Zeitpunkt noch Unklarheiten darüber gegeben habe, wer für das Thema zuständig sei. Es werde im Sinne der Rechtswirksamkeit empfohlen, den Beschluss erneut zu fassen. Ein möglicherweise rechtswidriger Beschluss könne so geheilt werden.

Die Fraktion Die Grünen weist darauf hin, dass die Einführung einer Bezahlkarte negative Auswirkungen hätte.

Herr Axourgos, Bürgermeister, bestätigt, dass sich die zukünftige Regierungskoalition geeinigt habe, eine bundesweite Verpflichtung der Bezahlkarte einzuführen.

Die FDP-Fraktion spricht sich gegen eine Ablehnung aus. Die Einführung einer Bezahlkarte habe auch gute Gründe wie die Verhinderung von Zweckmissbrauch.

Die SPD kündigt an, dass sie der Verwaltungsvorlage zustimme. Die Bezahlkarte Sorge weder für bessere Integration, noch für Entlastung der Verwaltung oder für geringere Kosten.

Herr Weyers sagt, dass die Bezahlkarte ein Diskriminierungswerkzeug sei und Misstrauen gegenüber Geflüchteten darstelle.

Die Fraktion Die Grünen sagt, dass sie den Ausführungen der SPD-Fraktion zustimme. Es gebe keine Belege für die Bedenken der FDP-Fraktion.

Herr Yildiz erklärt, dass ein Koalitionsvertrag noch keine rechtliche Verbindlichkeit darstelle. Es gebe weiterhin rechtliche Bedenken gegenüber einer Bezahlkarte.

Beschluss:

Die Stadt Schwerte nimmt die Möglichkeit der Opt-Out Regelung nach § 4 Abs. 1 der Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW in Anspruch, so dass Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte erbracht werden.

Mehrheitlich beschlossen

Ja-Stimme/n: 36 Nein-Stimme/n: 3 Enthaltung/en: 1

13. Zweigeschoßiger Erweiterungsanbau an die Friedrich-Kayser-Schule zur Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Ganztagsbetreuungsplatz - Baubeschluss und Zustimmung einer außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung Vorlage: X/1260

Die Fraktion Die Grünen beschreibt die Wichtigkeit von Grünflächen für den Schulbetrieb. Deshalb wird beantragt, einen Teil des Stadtparks für die Schule zu nutzen.

Herr Axourgos, Bürgermeister, nimmt Stellung anhand der Anlage zu dieser Niederschrift.

Die CDU-Fraktion erklärt, dass es sehr sinnvoll sei, zweigeschossig zu bauen. Die Ausdehnung des Schulhofs auf den in der Anlage gezeigten Bereich sei zu wenig. Es wird Zustimmung zum Antrag der Fraktion Die Grünen geäußert.

Die FS-Fraktion spricht sich dagegen aus, Flächen des Stadtparks zu nutzen.

Die SPD-Fraktion äußert Zustimmung zum Antrag, da durch diesen die Schule entlastet werde.

Die Fraktion Die Grünen erklärt, dass Schüler*innen genügend Bewegungsraum benötigen. Die Grünfläche ermögliche der Schule weiteren Handlungsspielraum.

Es wird diskutiert, wie nah der Zaun an den Bäumen sein könne. Herr Axourgos weist darauf hin, dass die Wurzeln der Bäume die Möglichkeiten einschränken würden.

Die CDU-Fraktion bemerkt, dass der Entwicklung der Schulen eine hohe Priorität zuzusprechen sei.

Herr Vöcks, Dezernent IV, erklärt, dass man ein ganzheitliches Bild von Schule und Stadtpark benötige. Es gebe auch Gründe, aus denen Schulhöfe oft keine Grünflächen hätten. Es werde gut abgewogen, wie mit den unterschiedlichen Interessen umgegangen werde.

Die CDU-Fraktion bemerkt, dass die Stadt bei dem Projekt sparsam sein müsse und nicht jeden Wunsch erfüllen könne.

Die FDP-Fraktion entgegnet, dass Sparsamkeit bei anderen Projekten auch gefragt sei und hinterfragt, wieso es der CDU-Fraktion gerade bei der Friedrich-Kayser-Schule wichtig sei. Auch wird angeregt, dass die Planungen mit der Schule abgesprochen werden.

Die Fraktion Die Grünen schlägt einige Umformulierungen für ihren Änderungsantrag vor (s. TOP 13.1).

Die CDU-Fraktion bemerkt, dass die dargestellte Fläche nicht nur temporär, sondern dauerhaft Teil des Schulhofes werde.

Herr Axourgos entgegnet, dass der Wunsch des Rates darin bestehe, eine temporäre Lösung mit der Schule zu finden. Die temporäre Lösung solle Grundlage für eine spätere dauerhafte Lösung sein. Er schlägt vor, die konkreten Diskussionen in den APBW zu vertagen. Er sagt zu, den Antrag der Fraktion Die Grünen mit einer Detailplanung zu versehen, welche in den nächsten APBW eingebracht werde. Die Fraktion Die Grünen zieht den Änderungsantrag daraufhin zurück.

Die Fraktion Die Grünen sagt zu, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Beschluss:

1. Der Planung der Baumaßnahme „Anbau einer zweigeschoßigen Erweiterung mit Frischeküche an die bestehende OGS" mit Umbau im Bestand der OGS an der Friedrich-Kayser-Schule wird zugestimmt.

2. Der Beauftragung eines Generalunternehmers wird zugestimmt.

3. Aufgrund der Priorisierung der Maßnahme "Erweiterung der OGS Friedrich-Kayser-Schule" (Beschluss vom 06.09.2023, Drucksache X/0789/1) und zur Deckung der Mehrkosten aufgrund des Beschlusses zur Erweiterung der Baumaßnahme zu einem zweigeschossigen Anbau (Beschluss vom 20.11.2024, Drucksache X/1187) ist die Bauausführung der Straßenbaumaßnahmen "Villigster Straße" (I-20230074) und "Am Winkelstück" (I-20230048) in die Folgejahre 2026/2027 zu verschieben.

4. Der außerplanmäßigen Verpflichtungsermächtigung gem. § 85 Gemeindeordnung i.V.m. § 12 Kommunale Haushaltsverordnung (KomHVO) und § 3 der Haushaltssatz der Haushaltsjahre 2024/2025 der Stadt Schwerte wird in Höhe von 1.542.000 Euro zugestimmt. Das unabweisbare Bedürfnis wird anerkannt. Eine Deckung erfolgt aus den Verpflichtungsermächtigungen der Investitionsaufträge des Produktes 0120101 I-20230074 "Villigster Straße" und I20230048 "Am Winkelstück".

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 40 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 1

- 13.1. Tischvorlage – Ergänzungsantrag zur Drucksache X/1260**
- Antrag der Fraktion Die Grünen vom 08.04.2025 - (Eingang: 09.04.2025)
Vorlage: X/1296
-

TOP zurückgezogen

- 14. Bebauungsplan Nr. 204 "Wohnbebauung Messingstraße" - Behandlung der Anregungen im Rahmen der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Satzungsbeschluss gem. § 10 Abs. 1 BauGB**
Vorlage: X/1266
-

Beschluss:

1. Zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 204 "Wohnbebauung Messingstraße" werden die in der Anlage aufgeführten Beschlüsse gefasst.
2. Der Bebauungsplan Nr. 204 "Wohnbebauung Messingstraße" wird einschließlich Begründung und Umweltbericht gem. § 10 Abs. 1 BauGB als Satzung beschlossen.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 41 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

- 15. 15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte – Behandlung der Anregungen im Rahmen der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 6 BauGB**
Vorlage: X/1267
-

Beschluss:

1. Zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zur 15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte werden die in der Anlage aufgeführten Beschlüsse gefasst.
2. Die 15. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte wird einschließlich Begründung und Umweltbericht gem. § 6 Abs. 6 BauGB beschlossen.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 41 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

- 16. 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte - Behandlung der Anregungen im Rahmen der Beteiligungen gem. § 3 Abs. 1 und 2 sowie § 4 Abs. 1 und 2 BauGB sowie Feststellungsbeschluss gem. § 6 Abs. 6 BauGB
Vorlage: X/1270**
-

Beschluss:

1. Zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligung gem. § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB sowie der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 und § 4 Abs. 2 BauGB vorgebrachten Anregungen zur 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte werden die in der Anlage aufgeführten Beschlüsse gefasst.

2. Die 16. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Schwerte wird einschließlich Begründung und Umweltbericht gem. § 6 Abs. 6 BauGB beschlossen.

Einstimmig beschlossen

Ja-Stimme/n: 41 Nein-Stimme/n: 0 Enthaltung/en: 0

- 17. Lehrschwimmbecken Ergste
- Antrag der WfS-Fraktion vom 10.03.2025 (Eingang: 10.03.2025)
Vorlage: X/1272**
-

TOP zurückgezogen

- 18. Fortführung des RuhrSight Jugendfestivals in 2025 und 2026
- Antrag der Fraktion Die Grünen vom 07.03.2025 (Eingang am 11.03.2025) -
Vorlage: X/1285**
-

Die Sitzung wird von 19:25 bis 19:32 Uhr unterbrochen.

Die Fraktion Die Grünen begründet den Antrag. Aus Gründen der Sparsamkeit solle das Festival nur in kleinem Format stattfinden. Die Verwaltung könne Veranstaltungen gut durchführen und sei in der Lage das Projekt umzusetzen.

Herr Yildiz, Erster Beigeordneter, warnt davor, Hoffnungen auf eine Umsetzung des Festivals zu wecken, die letztlich nicht erfüllt werden würden. Er regt außerdem an, dass ein Antrag hinreichend bestimmt sein müsse. Es wird darauf hingewiesen, dass das Projekt im Zuge der Vor- und Nachbereitung erhebliche organisatorische und finanzielle Ressourcen bedürfe.

Die CDU-Fraktion sagt, dass der Beschluss des Verwaltungsrats der Kultur- und Weiterbildungsbetriebe für sie gelte und der Antrag der Fraktion Die Grünen sich erübrige. Es seien bereits alle wesentlichen Argumente ausgetauscht worden.

Die FDP-Fraktion erklärt, dass die Kosten in keinem guten Verhältnis zum Nutzen stehen würden und die Stadtverwaltung nicht die Aufgabe habe, derartige Veranstaltungen umzusetzen.

Die SPD-Fraktion ergänzt, dass es im Sommer ein Graffiti-Event gebe, welches einen guten Ersatz darstelle. Damit gingen die Jugendlichen nicht leer aus.

Herr Weyers sagt, dass eine Planung für ein diesjähriges Festival zu spät sei. Es sei sinnvoll, das Festival zukünftig regelmäßig durchzuführen.

Die Fraktion Die Grünen fügt hinzu, dass ihr Antrag darauf gerichtet sei, Kosten für die Stadt zu senken. Außerdem solle nicht nur das Jugendamt, sondern die gesamte Verwaltung mit der Aufgabe beauftragt werden. Es werden von einem Aufwand von etwa 5.000 € ausgegangen. Es wird um eine Sitzungsunterbrechung von zwei Minuten gebeten.

Die CDU-Fraktion weist darauf hin, dass die Kosten zu hoch seien.

Die Sitzung wird von 19:56 bis 19:57 unterbrochen.

Die Fraktion Die Grünen zieht den Antrag zurück.

TOP zurückgezogen

19. Bericht gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung mit Beschlussausführungskontrolle

Es liegen keine Berichte gemäß § 5 Zuständigkeitsordnung vor.

20. Informationen und Anfragen

Informationen:

Es liegen keine Informationen vor.

Anfragen:

Niederschriften:

Die Fraktion Die Grünen kritisiert, dass die Niederschriften für mehrere Sitzungen zu spät gekommen seien. Dies sei insbesondere bei den folgenden Sitzungen der Fall:

- Beide Sitzungen des JHA
- Beirat Digitales und Innovation
- Ratssitzung

Es wird gefragt, wie sichergestellt werden könne, dass die Niederschriften mindestens 14 Tage vor der Ablauffrist für Anträge zur nächsten Sitzung zugestellt werden. Insbesondere die Niederschrift für die Ratssitzung sei für die heutige Sitzung erforderlich.

Herr Axourgos, Bürgermeister, weist darauf hin, dass das Thema bereits im Ältestenrat beraten worden sei. Aufgrund der Priorisierung durch die Bundestagswahl sei es zu Verzögerungen gekommen. Dies sei im Vorfeld angekündigt gewesen.

Die Fraktion Die Grünen weist darauf hin, dass das Vorliegen des Protokolls der letzten Sitzung für die aktuelle Sitzung wichtig sei.

Tempolimits

Herr Weyers erkundigt sich nach der Tempo-20-Evaluierung. Herr Vöcks wird schriftlich antworten.

Feinstaubmessung und Whatsapp-Kanal

Die Fraktion Die Grünen erkundigt sich nach den Kosten einer Feinstaubmessanlage. Es wird gefragt, was diese koste. Außerdem wird gefragt, ob der Bürgermeister aus Wahlkampfzwecken einen Whatsapp-Kanal betreibe, welcher im Rathaus beworben werde.

Herr Axourgos antwortet, dass Herr Vöcks eine Rückmeldung zur Feinstaubmessanlage geben werde. Weiterhin habe es keine Anfrage der lokalen Medien zum Social-Media-Wahlkampf gegeben. Die Whatsapp-Gruppe bestehe als offizielles Medium des Bürgermeisters, welches nicht für Wahlkampfzwecke vorgesehen sei.

Frau Ziel verlässt die Sitzung um 20:05 Uhr.

Schließung des Baubetriebshofs

Die FS-Fraktion erkundigt sich, weshalb die Schließung des Baubetriebshofs nicht kommuniziert wurde.

Herr Luhmann erklärt, dass es eine Dienstbesprechung gegeben habe. Dies sei über die Internetseite und Social Media kommuniziert worden.

Spielplatz am Zimmermanns Wäldchen

Die Fraktion Die Grünen erkundigt sich nach dem Spielplatz am Zimmermanns Wäldchen. Herr Axourgos, Bürgermeister, antwortet, dass dies im APBW besprochen worden sei.

Rechtsabbiegerpfeil

Die FDP-Fraktion fragt nach dem Umsetzungsstand des Rechtsabbiegerpfeils für Fahrradfahrer*innen. Dies wird nachträglich beantwortet.

iPads

Die SPD-Fraktion bemerkt, dass die iPads nicht richtig funktionieren würden.

Der Bürgermeister Herr Axourgos schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 20:12 Uhr.

gez. Axourgos
Vorsitzender

gez. Groth
Schriftführer

